

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gerhard Jüttemann, Rolf Kutzmutz und der Fraktion der PDS**

**– Drucksache 14/1116 –**

### **Schwäche des Euro**

Der Euro ist Ende Mai auf den Tiefststand von 1,0409 Dollar gefallen. Er hat damit seit seinen Höchstkursen Anfang des Jahres (zeitweise über 1,18 Dollar) um 12,5 Prozent an Wert verloren.

1. Welche Ursachen hat die derzeitige Schwäche des Euro?

Die in den letzten Monaten zu beobachtende Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem US-Dollar ist im wesentlichen Ausdruck des unerwartet kräftigen Wirtschaftswachstums in den USA und der Wachstumsschwäche insbesondere in großen Ländern der Euro-Zone. Infolge der guten Konjunkturlage in den USA sowie damit verbundener Erwartungen der Finanzmärkte über Zinserhöhungen der amerikanischen Notenbank hat sich der Abstand zwischen den Kapitalmarktrenditen in den USA und der Euro-Zone deutlich zugunsten des US-Dollar ausgeweitet, von rd. 1 Prozentpunkt im Durchschnitt Januar 1999 auf gut 1,5 Prozentpunkte am 8. Juni 1999.

Neben der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung dürften aber auch die Unsicherheiten an den Märkten aufgrund des Kosovo-Konflikts zur Stärkung des US-Dollar beigetragen haben. Krisen dieser Art haben auch in der Vergangenheit den US-Dollar als „sicheren Hafen“ für Kapitalanlagen begünstigt.

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 18. Juni 1999 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

2. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Euro-Schwäche für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland einschließlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit?

Mit der Einführung des Euro hat sich der sog. Offenheitsgrad der Volkswirtschaften der Euro-Zone – gemessen als Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt – von durchschnittlich rund 35 % auf etwa 14 % reduziert. Da durch die Währungsunion ein großer Teil der deutschen Exporte zum Binnenhandel geworden ist, hat auch die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschäftigung in Deutschland von Wechselkursänderungen ganz erheblich abgenommen.

3. Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Schwäche des Euro und dem Kosovo-Krieg?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Schwäche des Euro und der Entscheidung der EU-Finanzminister, Italien bei der Nettoneuverschuldung einen Spielraum von 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu gewähren?

Mit dem Beschluß des EU-Ministerrats (Wirtschaft und Finanzen) vom 25. Mai 1999 bleibt Italien weiterhin aufgefordert, alle Anstrengungen zur Erreichung des ursprünglich angestrebten Defizitziels für 1999 zu unternehmen. Das tatsächliche öffentliche Defizit im Jahre 1999 muß auf jedem Fall unter 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts bleiben. Ferner ist Italien verpflichtet, das jeweilige Defizitziel in den Folgejahren strikt einzuhalten und das öffentliche Defizit im Jahre 2001 – wie im Stabilitätsprogramm Italiens vorgesehen – auf 1 % des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren.

Die Entscheidung des Rates ist somit nicht als ein Abrücken vom finanzpolitischen Konsolidierungskurs in Europa zu interpretieren.

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, daß Ausnahmezustände wie für Italien Schule machen könnten?

Nach Auffassung der Bundesregierung besteht eine solche Gefahr nicht. So hat der Europäische Rat auf seiner Tagung in Köln am 3./4. Juni 1999 erneut die Notwendigkeit einer strikten Anwendung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes betont. Er hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich erklärt, daß hierzu die klare Einhaltung realistischer und glaubwürdiger Budgetziele in jedem Haushaltsjahr gehört, die nur durch ehrgeizige Konsolidierungsanstrengungen in den öffentlichen Haushalten zuverlässig erreicht werden können.

6. Welche Entwicklung des Euro prognostiziert die Bundesregierung für das zweite Halbjahr, und worauf stützt sie diese Prognose?

Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an Spekulationen über die künftige Wechselkursentwicklung. Sie ist allerdings der Auffassung, daß sich eine konjunkturelle Besserung im Euro-Währungsraum, wie sie zum Beispiel von den deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrem Frühjahrsgutachten vom April 1999 oder der OECD für das zweite Halbjahr 1999 erwartet wird, tendenziell zugunsten des Euro auswirken wird.

7. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der derzeitigen Euro-Schwäche?

Die Bundesregierung weist zunächst darauf hin, daß auch in der Vergangenheit der Wechselkurs der ECU oder der D-Mark gegenüber dem US-Dollar zum Teil erhebliche Schwankungen aufwies und nach Angaben der Europäischen Zentralbank der derzeitige effektive, d. h. handelsgewichtete Euro-Wechselkurs in etwa dem Niveau vom Sommer 1997 und Frühjahr 1998 entspricht.

Die Bundesregierung weist auf das historisch niedrige Zinsniveau in der Euro-Zone hin, das nicht nur das wirtschaftliche Wachstum begünstigt, sondern auch Ausdruck des Vertrauens der Finanzmärkte in die neue Währung ist. Sie bekräftigt ihre Entschlossenheit, durch eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik ihren Beitrag zur Festigung dieses Vertrauens zu leisten.

Die Bundesregierung sieht deshalb in der aktuellen Wechselkursentwicklung des Euro keinen Anlaß für überzogene Besorgnisse, zumal diese Entwicklung nach Einschätzung auch der Europäischen Zentralbank bislang keine Risiken für die künftige Preisstabilität angezeigt hat.

Die Bundesregierung teilt ferner die Auffassung der Europäischen Zentralbank, daß der Euro das Potential für einen höheren Außenwert hat, und die innere Preisstabilität als Anker für eine solche Entwicklung dienen wird. Auf längere Sicht kann sich der Euro angesichts der mit den USA gleichwertigen Anteile Europas am weltweiten Bruttoinlandsprodukt und an den Weltexporten zu einer globalen Transaktions-, Anlage- und Reservewährung entwickeln.